



PARLAMENTO EUROPEO EVROPSKÝ PARLAMENT
EUROPA-PARLAMENTET EUROPÄISCHES PARLAMENT EUROOPA PARLAMENT
ΕΥΡΩΠΑΪΚΟ ΚΟΙΝΟΒΟΥΛΙΟ EUROPEAN PARLIAMENT
PARLEMENT EUROPEEN PARLAMENTO EUROPEO EIROPAS PARLAMENTS
EUROPOS PARLAMENTAS EURÓPAI PARLAMENT
IL-PARLAMENT EWROPEW EUROPEES PARLEMENT PARLAMENT EUROPEJSKI
PARLAMENTO EUROPEU EURÓPSKY PARLAMENT
EVROPSKI PARLAMENT EUROOPAN PARLAMENTTI EUROPAPARLAMENTET

Plenartagung

Tagungswoche - Plenartagung 22.-25. September 2008 in Brüssel

- Finanzmärkte brauchen Regeln
- 23. August soll Gedenktag an Opfer stalinistischer und nazistischer Verbrechen werden
- EP mahnt vorrangige Bekämpfung des Kinderhandels an
- Sacharow-Preis 2008: drei Finalisten benannt
- Terrorismusbekämpfung unter Einhaltung eines hohen Datenschutzniveaus verstärken
- Klare Regeln für Hedge Fonds und Private Equity
- Das Europäische Parlament kritisiert die Blockadehaltung des Rats zum Sicherheitspaket für den Seeverkehr - Paket geht in die Vermittlung
- Telekommunikation: Bessere Angebote für Kunden und ein sicheres Internet
- Übergewicht und Adipositas ernst nehmen - mehr Aufklärung über ausgewogene Ernährung

Redaktion & Veröffentlichung :

Andreas KLEINER

E-Mail: presse-DE@europarl.europa.eu

BXL: (32-2) 28 32266

STR: (33-3) 881 72336

PORT: (32) 498 98 33 22

Redaktion & Veröffentlichung :

Katrin EICHEL

E-Mail: presse-DE@europarl.europa.eu

BXL: (32-2) 28 41027

STR: (33-3) 881 73782

Internet: http://www.europarl.europa.eu/news/expert/tous_les_briefing/default/default_de.htm

Schwerpunkte

In der Tagungswoche finden Sie die zusammenfassende Berichterstattung über die Plenartagung des Europäischen Parlaments vom 22.-25. September 2008 in Brüssel.

Inhaltsverzeichnis

Tagungswoche - Plenartagung 22.-25. September 2008 in Brüssel.....	1
Schwerpunkte.....	3
Inhaltsverzeichnis.....	4
Institutionen.....	5
Eröffnung der Sitzung - Gedenken an Opfer des ETA-Anschlags vom 21. September und Finanzen der irischen "Nein"-Kampagne	5
Feierliche Sitzung mit seiner Allheiligkeit dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus I.....	5
Keine Mehrheit für eine Entschließung zum Arbeitsprogramm der Kommission 2009.....	6
Finanzmärkte brauchen Regeln.....	7
Grundrechte.....	9
23. August soll Gedenktag an Opfer stalinistischer und nazistischer Verbrechen werden.....	9
EP mahnt vorrangige Bekämpfung des Kinderhandels an.....	9
Menschenrechte.....	10
Sacharow-Preis 2008: drei Finalisten benannt.....	10
Justiz und Inneres.....	12
Terrorismusbekämpfung unter Einhaltung eines hohen Datenschutzniveaus verstärken	12
Wirtschaft und Währung.....	14
Klare Regeln für Hedge Fonds und Private Equity.....	14
Verkehr.....	16
Das Europäische Parlament kritisiert die Blockadehaltung des Rats zum Sicherheitspaket für den Seeverkehr - Paket geht in die Vermittlung.....	16
Industrie.....	19
Telekommunikation: Bessere Angebote für Kunden und ein sicheres Internet.....	19
Informationen.....	21
Medienpluralität verteidigen - Demokratie braucht unabhängige Journalisten und Medien.....	21
Gesundheitswesen.....	22
Übergewicht und Adipositas ernst nehmen - mehr Aufklärung über ausgewogene Ernährung	22
Energie.....	23
Energie-Preise: EU muss Wirtschaft unterstützen.....	23
Codes der parlamentarischen Verfahren.....	24
Abkürzungen.....	24
Fraktionen.....	24

Institutionen

Eröffnung der Sitzung - Gedenken an Opfer des ETA-Anschlags vom 21. September und Finanzen der irischen "Nein"-Kampagne

Zu Beginn ihrer Sitzung gedachten die Abgeordneten in einer Schweigeminute des in der Nacht zum 22. September von der ETA ermordeten spanischen Militäroffiziers Luis Conde de la Cruz und forderten volle Transparenz der Finanzen der "Nein"-Kampagne zum irischen Referendum über den EU-Reformvertrag.

Gedenken an Opfer des ETA-Anschlags

Der 46jährige Militäroffizier Luis Conde de la Cruz starb in der Nacht zum Montag durch eine Autobombe der Terrororganisation ETA, der dritten innerhalb von 24 Stunden. EP-Präsident Hans-Gert PÖTTERING verurteilte die Terroranschläge, bei denen weitere Menschen verletzt wurden, "aufs Schärfste" und verlieh der "tiefen Besorgnis" der Abgeordneten Ausdruck. Im Namen des Europäischen Parlaments sprach Pöttering den Angehörigen des Ermordeten sowie der übrigen Opfer sein Mitgefühl aus und bekundete seine Solidarität "mit Spanien, seinen Behörden und insbesondere den spanischen Sicherheitskräften".

Terrorismus sei "ein direkter Anschlag auf Freiheit, Menschenrechte und Demokratie", für den es "keinerlei Rechtfertigung" gebe. Die EU, so Pöttering weiter, sei eine Solidargemeinschaft und ein Terroranschlag gegen ein Mitglied somit ein Anschlag gegen die gesamte EU, "gegen jeden einzelnen von uns". Deshalb müsse die EU in ihrem "Kampf gegen den Terrorismus auf der Grundlage des Rechtsstaats und mit der ganzen Kraft des Gesetzes gemeinsam vorgehen."

Finanzen der irischen "Nein"-Kampagne

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, unterstützt Forderungen nach voller Transparenz der Finanzen der "Nein"-Kampagne zum irischen Referendum über den EU-Reformvertrag. In Irland war insbesondere eine Organisation namens "Libertas" gegen den EU-Reformvertrag aktiv, die von dem Geschäftsmann Ganley repräsentiert wurde; es herrscht Unklarheit darüber, woher die Stiftung die Mittel für ihre "Nein"-Kampagne bekommen hat.

"Wir müssen darüber absolute Transparenz haben, denn die Leute, die uns angreifen, verlangen ja von uns auch Transparenz", sagte Pöttering. Der Präsident reagierte auf eine Wortmeldung des Europa-Abgeordneten Daniel Cohn-Bendit (Grüne), der auf entsprechende Presseberichte in Irland verwies. Demnach gebe es möglicherweise eine Verbindung zwischen den Finanziers der "Nein"-Kampagne in Irland und dem amerikanischen Pentagon und der CIA. "Europa solle nicht zu stark werden", sei, so laut Cohn-Bendit, die Begründung dafür gewesen. Cohn-Bendit bat den Präsidenten des Europäischen Parlaments, bei Rat und Kommission um weitere Aufklärung in dieser Angelegenheit nachzusuchen.

Pöttering, der sagte, er verfolge die Berichterstattung in Irland zu diesen Vorgängen sehr aufmerksam, bekräftigte: "Wir müssen in aller Klarheit diese Dinge weiterverfolgen und die Dinge müssen auf den Tisch. Wir können nicht erlauben, dass Europa Schaden nimmt, weil Leute, die Transparenz fordern, sich selbst diesen Maßstäben nicht unterwerfen wollen."

Feierliche Sitzung mit seiner Allheiligkeit dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus I

Im Rahmen des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs begrüßte Präsident Hans-Gert Pöttering am 24. September seine Allheiligkeit den Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus I zu einer Feierlichen Sitzung im Europäischen Parlament.

Pöttering bezeichnete den Patriarchen Bartholomäus als ein "leuchtendes Beispiel für Versöhnung und Frieden." Griechenland, Zypern, Bulgarien und Rumänien sind EU-Staaten mit orthodoxen Mehrheiten.

Religionsfreiheit wesentlicher Aspekt der Menschenwürde

Präsident Pöttering sagte in seiner Begrüßungsrede, dass "die Europäische Union eine Wertegemeinschaft ist. Einer der grundlegenden Werte ist die jedem Menschen innewohnende Würde. In dieser Hinsicht ist die Religionsfreiheit ein wesentlicher Aspekt der Menschenwürde und geht weit über alle Befugnisse hinaus, auf die sich staatliche Autoritäten berufen." Die Trennung von Staat und Kirche sei, so Pöttering, ein Garant für die Freiheit der Kirchenbehörden, ihre internen Angelegenheiten und ihre Beziehungen zu ihren Gemeinden selbst zu gestalten.

Der Patriarch Bartholomäus betonte die Wichtigkeit des interkulturellen Dialogs. Dieser stehe im Zentrum der menschlichen Existenz und führe zu "gegenseitigem Verständnis und Wertschätzung, ja sogar zu Liebe."

Angesichts der Tatsache, dass die Welt noch immer an Hunger, Dürren, Krieg, Verfolgung, Ungerechtigkeit, Intoleranz und Fanatismus leide, könne man das "Europäische Projekt" nicht hoch genug einschätzen, so Bartholomäus. "Es ist eine der größten Leistungen der Europäischen Union, dass sie so erfolgreich war das gegenseitige Verständnis und die friedliche Ko-Existenz zwischen ihren Nationalstaaten zu befördern, die noch vor weniger als 70 Jahren in einem blutgetränkten Krieg verwickelt waren."

EU-Beitritt der Türkei

Bartholomäus befürwortete in seiner Rede den Beitritt der Türkei zur EU, wobei die Türkei "den interkulturellen Dialog und Toleranz fördern muss, um vom Europäischen Projekt akzeptiert werden zu können." "Europa sollte keine Religion, die tolerant gegenüber anderen ist, als etwas Fremdes betrachten. Die großen Religionen, wie auch das Europäische Projekt, können Kräfte sein, die Nationalismus und auch Fundamentalismus überwinden können indem sie auf das fokussieren, was uns als Menschen eint." Man fühle in seiner Heimat, der Türkei, dass das Land als Wirtschafts- und Handelspartner willkommen sei, jedoch gleichzeitig fühle man auch die Zögerlichkeit, mit der man auf das mehrheitlich muslimische Land zugehe.

Einen besonderen Schwerpunkt setzte der Patriarch auf die Bewahrung der Natur. Dies sei seit jeher ein besonderes Anliegen seiner Kirche. Schon seit Jahrzehnten weise das Ökumenische Patriarchat auf die ökologischen Krisen der Welt hin. Das Ökumenische Patriarchat tue dies in seiner Verantwortung für das Haus, das Oikos dieser Welt und all jener, die in diesem wohnen. "Wir sind alle Brüder und Schwestern mit einem himmlischen Vater auf diesem wunderschönen Planeten für den wir alle verantwortlich sind. Es ist auf diesem Platz für alle, kein Platz aber haben Krieg und Morden", schloss der Patriarch seine Rede.

Keine Mehrheit für eine EntschlieÙung zum Arbeitsprogramm der Kommission 2009

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben am 24. September den Vorschlag einer gemeinsamen EntschlieÙung (von der EVP-ED, ALDE und der UEN-Fraktion vorgelegt) zu den Prioritäten des Europäischen Parlaments für das Gesetzgebungs- und Arbeitsprogramm 2009 der Europäischen Kommission mit 102 Ja- zu 306 Nein-Stimmen bei 207 Enthaltungen abgelehnt.

Alle individuellen FraktionsentschlieÙungen wurden vom Plenum ebenfalls abgelehnt. Zu den umstrittenen

Themen zählten die Abstimmung eines Änderungsantrags, der die Kommission auffordert, eine Reihe von Vorschlägen zu neuer Sozialgesetzgebung vorzulegen sowie eines Änderungsantrags, der die Bedeutung einer Fortsetzung von Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei unterstrich, da "davon auszugehen ist, dass beide Länder fristgemäß alle Kriterien der Mitgliedschaft erfüllen werden."

Finanzmärkte brauchen Regeln

Die Krise der internationalen Finanzmärkte treibt die Europa-Abgeordneten um - Bessere Regeln für mehr Transparenz gefordert

In der Aussprache zu aktuellen Themen widmete sich das Europäische Parlament am Mittwochnachmittag der Krise der internationalen Finanzmärkte und deren Auswirkungen auf die EU. Der Vorsitzende im Rat, der französische Europaminister Jean-Pierre Jouyet sagte zu Beginn der Debatte, dass dies nicht nur eine "US-Krise, sondern eine Krise des internationalen Finanzsystems insgesamt" sei. Ein starkes und geeintes Europa sei nun so notwendig wie selten zuvor. Es sei nicht geplant, ein Rettungsprogramm wie in den USA zu lancieren. Dieses sei hier nicht notwendig, da das europäische Bankensystem insgesamt solide sei. Man müsse nun, so der Minister, pragmatisch vorgehen. Eine Priorität der französischen Ratspräsidentschaft sei, Vorschläge zur Regulierung von Ratingagenturen, zur Kontrolle der Banken und von Bilanzierungsvorschriften vorzulegen. "Das laissez-faire darf nicht fortgesetzt werden, es wäre ein schlimmer Fehler und auch ein Verstoß gegen den gesunden Menschenverstand", so Jouyet.

Global Governance ausgestalten

Wirtschafts- und Währungskommissar Joaquín Almunia sagte, die Krise habe eine Tragweite erreicht, die "alles überschreitet, was wir in unserem Leben gesehen haben". Almunia stellte dar, dass die Finanzkrise auch die Wirtschaftsentwicklung in Europa dämpfen werde. Die Prognosen für das Wirtschaftswachstum der Euro-Zone und für die Inflation sind bereits angepasst worden. Almunia plädierte dafür, die Haushaltsdisziplin nicht zu lockern und den durch die Lissabonner Strategie vorgezeichneten Weg weiter zu beschreiten. Im Übrigen sei es wichtig, die Global Governance, das heißt ein weltweites System zur Regulierung der Finanzmärkte, auszugestalten. Europa könne hierbei eine führende Rolle übernehmen, müsse jedoch zuvor selbst einig sein.

Europa muss eigenen Weg gehen

Der deutsche CDU-Europa-Abgeordnete Alexander RADWAN, der für die EVP-ED-Fraktion sprach, glaubte sich im "falschen Film". Man werde schnell handeln, heiße es von Seiten des Rates und der Kommission, derweil jedoch sei es der Markt, der schnell reagiere und reagiert habe. Radwan kritisierte scharf, dass die Kommission sich mit der amerikanischen Börsenaufsicht SEC abstimmen wolle. Dies sei der falsche Weg: "Europa muss einen eigenen Weg gehen und machen, was wir für richtig halten. Die Amerikaner können uns dann folgen, wenn sie das für richtig halten." Radwan erinnerte auch daran, dass Europäische Parlament bereits 2003 gefordert hat, Ratingagenturen einer einheitlichen Regulierung zu unterwerfen. Erst jetzt, also fünf Jahre später, bekomme man einen entsprechenden Vorschlag von der Kommission auf den Tisch. Doch auch "was der Rat bislang geliefert hat, war blamabel." Der Rat, so Radwan, müsse endlich über seinen eigenen Schatten springen und anfangen, europäisch zu denken.

"Bankrott einer ökonomischen Philosophie"

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion, der deutsche Europa-Abgeordnete Martin SCHULZ stellte fest, nun erlebe man nicht nur den Konkurs von Investmentbanken, sondern "den Bankrott einer ökonomischen Philosophie." Schulz erwartet von der EU-Kommission bis spätestens zum Frühjahr 2009 konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Transparenz der Finanzmärkte aber auch dazu, wie eine Entkoppe-

lung der Managergehälter von kurzfristigen Gewinnen möglich sei. Diese "Spekulationsmilliarden" seien es letztlich, die das System und mit ihm auch ganze Unternehmen mit Abertausenden von Arbeitsplätzen in den Abgrund stürzten. Zuvorderst aber müsse man handeln in einem Bereich, der besonders "pervers" sei. Dies betreffe die Anlagen auf steigende Lebensmittelpreise. Solche Anlagen setzten letztlich auf eine Verknappung von Lebensmitteln und damit werde der "Hunger in der Welt zum Profit von anderen". Es müssten somit Regeln geschaffen werden, die eine humane und soziale Menschheitsentwicklung garantieren.

Keine Abkehr vom freien Unternehmertum

Im Namen der Liberalen-Fraktion sagte die deutsche Europa-Abgeordnete Silvana KOCH-MEHRIN, man müsse nun die Krise genau analysieren. Die Antwort könne nicht eine Abkehr vom freien Unternehmertum sein, so Koch-Mehrin. Sie erinnerte an die Lehren von Ludwig Erhard. Demnach solle der Staat die Regeln setzen, sich aber wie ein Schiedsrichter verhalten und eben nicht selbst mitspielen. Nicht die Marktwirtschaft an sich sei Schuld an der Krise, sondern jene Marktteilnehmer, die sich den Regeln nicht unterwerfen. "Wir brauchen gemeinsame Regeln für Transparenz und zwar für Europa und die Welt. Aber mit Augenmaß", so Koch-Mehrin.

Für die Fraktion der UEN betonte der irische Abgeordnete Eoin RYAN, man dürfe nun nicht in Panik geraten. "Wir müssen tätig werden", und es müsse insbesondere für mehr Transparenz gesorgt werden. Einige Schritte seien bereits gemacht und im Wesentlichen müsse man darauf achten, Bürger und Unternehmen von den Auswirkungen derartiger Verwerfungen zu schützen.

Existenzkrise des Systems

Für die Fraktion der GUE-NGL sprach der französische Europa-Abgeordnete Francis WURTZ. Er sagte, die Freizügigkeit des Kapitals habe "diabolische Mechanismen" in Gang gesetzt, die nun nicht mehr zu beherrschen seien. "Wenn ein System merkt, dass die eigenen Kreaturen entarten, dann ist das schlicht eine Existenzkrise." Nun brauche man einen echten Bruch. Zudem müsse die Süffisanz und Herblassung einer kleinen Elite geändert werden, die den Bürgern lange erklärte, es gäbe keine Alternativen zu Deregulierung und freien Märkten.

Hanne DAHL, dänische Abgeordnete der Fraktion IND-DEM, sagte, man müsse sich von dem Gedanken verabschieden, die Freizügigkeit des Kapitals sei vorteilhaft. Dies sei sie nur "für Spekulanten und Steuerbetrüger." Die Banken müssten nun selbst einen Weg aus dem Crash finden, es sei nicht Aufgabe des Steuerzahlers hier einzuspringen.

Mit Augenmaß vorgehen

Der deutsche FDP-Abgeordnete Wolf KLINZ sagte, eine Illusion sei zusammengebrochen, nämlich jene, dass ein hoher Lebensstandard auf Pump möglich wäre. In Europa könnte man davon lernen. So gebe es zur Sanierung der öffentlichen Haushalte keine Alternative und auch billiges Zentralbank-Geld helfe nicht, sondern führe in die Krise. Es müssten nun mit Augenmaß und Umsicht Regeln geschaffen werden.

Der CDU-Abgeordnete Karsten Friedrich HOPPENSTEDT sagte, man werde auch künftig nicht vor allen bösen Überraschungen gefeit sein. Regulierung und Transparenz müssten verbessert werden.

Grundrechte

23. August soll Gedenktag an Opfer stalinistischer und nazistischer Verbrechen werden

Das Europäische Parlament schlägt vor, den 23. August zum Europäischen Gedenktag an die Opfer der stalinistischen und nazistischen Verbrechen zu erklären. So könnten das Gedenken an die Opfer von Massendeportation und -vernichtung aufrechterhalten, Demokratie gestärkt und Frieden sowie Stabilität in Europa gefördert werden.

In einer schriftlichen Erklärung, unterzeichnet von 409 Abgeordneten, heißt es, "die im Rahmen der stalinistischen und nazistischen Aggressionen vorgenommenen Massenverschleppungen, Morde und Versklavungen gehören zu den Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit". Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit würden "nicht verjähren". Auch seien in Europa die Auswirkungen und die Bedeutung der Sowjetzeit sowie der Okkupation auf und für die Bürger der postkommunistischen Länder "wenig bekannt".

Das EP schlägt daher vor, den 23. August zum Europäischen Gedenktag an die Opfer der stalinistischen und nazistischen Verbrechen zu erklären, um das Gedenken an die Opfer von Massendeportation und -vernichtung aufrecht zu erhalten und somit Demokratie zu stärken sowie Frieden und Stabilität auf unserem Kontinent zu fördern.

EP mahnt vorrangige Bekämpfung des Kinderhandels an

Das Europäische Parlament fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, die Bekämpfung des Kinderhandels in ihren nationalen Kinderschutzprogrammen zum vorrangigen Ziel zu machen. Darüber hinaus soll die Kommissionsstrategie für die Förderung und den Schutz der Rechte von Kindern mit einem entsprechenden Mittelrahmen ausgestattet werden.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union werden zudem dazu angehalten, aktiv mit den einschlägigen EU-Agenturen und Nicht-Regierungsorganisationen zusammenzuarbeiten, Erkenntnisse und Erfahrungen auszutauschen und den Opfern eine angemessene Unterstützung zukommen zu lassen.

Die schriftliche Erklärung weist darauf hin, dass Kinderhandel ein noch immer anhaltendes Problem ist und alljährlich mehr als zwei Millionen Kinder betrifft, die für Zwangsarbeit und sexuelle Ausbeutung missbraucht werden.

Die schriftliche Erklärung zur Bekämpfung des Kinderhandels wurde von 409 Europaabgeordneten und damit der Mehrheit des EP unterzeichnet und gilt mit den morgigen Abstimmungen durch Aufnahme ins Protokoll als angenommen.

Menschenrechte

Sacharow-Preis 2008: drei Finalisten benannt

Hu Jia, Alexandr Kozulin and Abbot Apollinaire Malu Malu sind die drei Finalisten für den diesjährigen Sacharow-Preis für geistige Freiheit, den vom Europäischen Parlament verliehenen Preis für besondere Verdienste um Demokratie und Menschenrechte.

Die drei Kandidaten sind am Montagabend in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und des Entwicklungsausschusses aus einer Reihe von sieben von den Abgeordneten des Europäischen Parlaments vorgeschlagenen Kandidaten ausgewählt worden. Der Gewinner wird Mitte Oktober gewählt werden.

Die drei Finalisten sind (in alphabetischer Reihenfolge):

Hu Jia - Chinesischer Bürgerrechtler sowie Umwelt- und AIDS-Aktivist. Infolge seiner am 26. November 2007 per Telefonkonferenz vor dem Unterausschuss für Menschenrechte gemachten Aussagen zur Menschenrechtssituation in China wurde Hu Jia verhaftet und gegen ihn Anklage wegen Anstiftung zur Untergrabung der Staatsgewalt erhoben. Er wurde zu einer dreieinhalbjährigen Haftstrafe verurteilt.

Alexandr Kozulin - Ehemaliger Präsidentschaftskandidat in Belarus. In der Nominierung heißt es, Aleksandr Kozulin habe bei seinem Widerstand gegen das Regime und seinem Einsatz für Meinungsfreiheit und Bürgerrechte außerordentlichen Mut bewiesen. Während der Präsidentschaftskampagne im Jahr 2006 wurde er mehrfach Opfer gewalttätiger Übergriffe, verhaftet und schließlich zu fünf Jahren Haft verurteilt.

Abbot Apollinaire Malu Malu - Vorsitzender der Unabhängigen Wahlkommission der Demokratischen Republik Kongo. Während seiner gesamten Berufslaufbahn hat Malu Malu sein Wissen und seine Erfahrung dafür eingesetzt, den Dialog über die Gewalt siegen zu lassen. Zuletzt bemühte er sich anlässlich der Konferenz von Goma nachdrücklich darum, dieses Prinzip in die Praxis umzusetzen.

Gewinner wird im Oktober ernannt

Der Gewinner wird im Oktober von der Konferenz der Präsidenten gewählt und der mit 50.000 Euro dotierte Preis am 17. Dezember in Straßburg verliehen werden.

Zwanzigste Verleihung des Sacharow-Preises

Der Sacharow-Preis, der erstmals 1988 zu Ehren des russischen Physikers und Regimekritikers Andrei Sacharow vergeben wurde, wird in diesem Jahr zum zwanzigsten Mal verliehen. Anlässlich dieses Jubiläums findet am 16. Dezember, dem Tag vor der diesjährigen Preisverleihung, in Straßburg eine Sonderveranstaltung statt, zu der alle ehemaligen Preisträger eingeladen sind.

Frühere Preisträger

- 1988 Nelson Mandela and Anatoli Marchenko (posthumously)
- 1989 Alexander Dubcek
- 1990 Aung San Suu Kyi
- 1991 Adem Demaçi
- 1992 Las Madres de la Plaza de Mayo

Plenartagung

- 1993 Oslobodjenje
- 1994 Taslima Nasreen
- 1995 Leyla Zana
- 1996 Wei Jinsheng
- 1997 Salima Ghezali
- 1998 Ibrahim Rugova
- 1999 Xanana Gusmão
- 2000 ¡Basta Ya!
- 2001 Izzat Ghazzawi, Nurit Peled-Elhanan and Dom Zacarias Kamwenho
- 2002 Oswaldo José Payá Sardiñas
- 2003 UN Secretary General Kofi Annan and all the UN staff
- 2004 Belarusian Association of Journalists
- 2005 Ladies in White, Hauwa Ibrahim, Reporters without Frontiers
- 2006 Alexander Milinkevich
- 2007 Salih Mahmoud Osman

Justiz und Inneres

Terrorismusbekämpfung unter Einhaltung eines hohen Datenschutzniveaus verstärken

Das Europäische Parlament hat am 23. September einer Ausweitung der Straftatbestände zur verbesserten Terrorismusbekämpfung zugestimmt, sich gleichzeitig aber für die Einhaltung eines hohen Datenschutzniveaus ausgesprochen. Die Einigung des Rates zu diesem Datenschutz-Rahmenabkommen weist allerdings erhebliche Defizite auf.

Der von der französischen Berichterstatterin Roselyne LEFRANÇOIS (SPE) vorgelegte Bericht behandelt die Änderung des Rahmenbeschlusses zur Terrorismusbekämpfung aus dem Jahr 2002 und dessen Angleichung an das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus von 2005. Zentraler Aspekt ist die Aufnahme neuer Straftatbestände in den Begriff des Terrorismus, nämlich von drei vorbereitenden Handlungen wie der öffentlichen Aufforderung zur Begehung einer terroristischen Straftat sowie der Anwerbung und der Ausbildung für terroristische Zwecke.

Der zweite Rahmenbeschluss zum Schutz personenbezogener Daten (Berichterstatterin: Martine ROURE (SPE) aus Frankreich) zielt auf die Behandlung von Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden. In der Debatte kritisierten die Abgeordneten mehrheitlich, dass der Ministerrat den ursprünglichen Kommissionsvorschlag verwässert und eine politische Einigung lediglich auf kleinstmöglichem Nenner erreicht hat. "Das Datenschutzniveau dieses Textes ist minimal und weist auch sehr erhebliche Defizite auf", so die Berichterstatterin.

Neue Straftatbestände

Die Aufnahme neuer Straftatbestände wie die öffentliche Aufforderung zur Begehung einer terroristischen Straftat, die Anwerbung sowie die Ausbildung für terroristische Zwecke soll der wachsenden Bedrohung des Terrorismus Einhalt gebieten. Dabei drängen die Abgeordneten allerdings darauf, den Begriff „Aufforderung“ durch den Begriff „Anstiftung“ zu ersetzen, da letzterer "schärfer gefasst" und als gängiger Terminus des Strafrechts geeigneter sei.

Grundrechte und Datenschutz wahren

Beide Rahmenbeschlüsse dürfen nach Ansicht der Abgeordneten aber keinesfalls die Grundrechte oder Grundfreiheiten der Bürgerinnen und Bürger schmälern oder behindern. Dies betreffe insbesondere das Recht auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, die Pressefreiheit und die Meinungsfreiheit anderer Medien sowie das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens.

Aus exakt diesem Grund haben die Abgeordneten eine Reihe von Änderungen zum Rahmenabkommen zum Schutz personenbezogener Daten angenommen. Die Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten dürfe nicht zu einer Lockerung des Datenschutzes in diesen Ländern führen, sondern müsse vielmehr zu einem "hohen Maß an Schutz in der gesamten Union in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen des Europarates zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten" führen. Es sei von zentraler Bedeutung, dass der Rahmenbeschluss auch auf die Verarbeitung von Daten auf nationaler Ebene Anwendung finde. Dies sei in der derzeitigen Fassung des Rates nicht gegeben.

Schließlich sollen personenbezogene Daten nur an Drittländer oder internationale Einrichtungen weitergeleitet werden, die ein angemessenes Datenschutzniveau sicherstellen. Zu diesem Zwecke schlägt das Europäische Parlament die Einrichtung einer Expertengruppe für den Datenschutz vor, die diesbezügliche

Plenartagung

Empfehlungen abgibt sowie einen jährlichen Datenschutz-Bericht erstellt.

556 Abgeordnete stimmten für den Bericht LEFRANÇOIS, 90 dagegen, 19 Abgeordnete enthielten sich. Für den Bericht ROURE stimmten 600 Abgeordnete bei 21 Gegenstimmen und 39 Enthaltungen.

Wirtschaft und Währung

Klare Regeln für Hedge Fonds und Private Equity

Mit großer Mehrheit hat das Europäische Parlament am 23. September gesetzliche Regelungen für Hedge Fonds und Private Equity eingefordert. Diese sollen u. a. Vorschriften zu Transparenz, finanzieller Stabilität, Eigenkapital, zur EU-Beaufsichtigung von Rating-Agenturen sowie Maßnahmen gegen Überschuldung und gegen Interessenkonflikte enthalten.

Der Bericht des dänischen Abgeordneten Poul Nyrup RASMUSSEN (SPE) fordert von der Kommission eine Reihe von Gesetzesvorschlägen zu Hedge Fonds und Private Equity, um durch erhöhte Transparenz, Einführung von Eigenkapitalvorschriften und Maßnahmen gegen Überschuldung und Interessenkonflikte das Vertrauen in die Finanzmärkte wiederzugewinnen.

Der zweite Bericht von Klaus-Heiner LEHNE (CDU) widmet sich der Transparenz institutioneller Investoren und verlangt einen "gemeinsamen Transparenzstandard". Transparenz sei schließlich eine Grundvoraussetzung für das Vertrauen der Anleger und das Verständnis komplexer Finanzprodukte und trage somit zum optimalen Funktionieren und zur Stabilität der Finanzmärkte bei.

Hedge Fonds und Private Equity, die in der EU angesiedelt sind, benötigen nach mehrheitlicher Ansicht der Abgeordneten ein Regelungsumfeld, das einerseits ihre innovativen Strategien achtet, um ihre Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Ebene sicherzustellen, gleichzeitig aber die Auswirkungen einer "potenziell nachteiligen Marktdynamik" abmildert.

Eigenkapitalvorschriften

Wertpapierfirmen, darunter Partnerunternehmen und Kommanditgesellschaften, Versicherungsgesellschaften, Kreditinstitute und konventionelle Fonds (wie OGAW- und Pensionsfonds/Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung), müssen den Eigenkapitalvorschriften entsprechen, so die Abgeordneten. Die Kommission solle sicherstellen, dass "angemessene Eigenkapitalvorschriften für alle Finanzinstitute risiko-, nicht unternehmensbasiert" sind. Bestehenden Regelungen soll gegenüber neuen Vorschriften der Vorrang gegeben werden.

EU-Beaufsichtigung von Rating-Agenturen

Die Kommission sollte, so die Abgeordneten, einen Mechanismus für eine EU-Überprüfung von Rating-Agenturen, Verfahren und Vorschriften begründen, wobei entsprechende Pflichten bereits bestehenden Einrichtungen wie dem Ausschuss der europäischen Wertpapierregulierungsbehörden (CESR) übertragen werden sollten. Der Marktzugang und der Wettbewerb bei den Rating-Agenturen seien zu fördern.

Altersversorgung

Seit Mitte der neunziger Jahre hält eine steigende Zahl von Pensionsfonds und Versicherungsgesellschaften Anteile an Hedge Fonds und Private Equity. Jeder Ausfall würde sich negativ auf die Rentenansprüche der Versorgungsfondsmitglieder auswirken, so die Argumentation der Abgeordneten. Bei der Überprüfung der entsprechenden EU-Richtlinie sollte die Information der Arbeitnehmer oder Personalvertreter über die Art der Investition ihrer Renten und der damit verbundenen Risiken verbessert werden.

EU-Vorschriften für Finanzdienstleistungen überprüfen

Schließlich soll die Kommission eine Untersuchung aller bestehenden EU-Rechtsvorschriften in Bezug auf die Finanzmärkte einleiten, um sämtliche "Lücken" bezüglich der Beaufsichtigung von Hedge-Fonds und

Plenartagung

Private Equity zu ermitteln. Auf Grundlage der Ergebnisse dieser Untersuchung soll die Kommission dann ggf. Vorschläge machen, um Hedge Fonds, Private Equity und sonstige relevante Akteure "besser zu beaufsichtigen".

Für den Bericht von Poul Nyrup RASMUSSEN stimmten 562 Abgeordnete, 86 stimmten dagegen, 25 enthielten sich. Für den Bericht von Klaus-Heiner LEHNE stimmten 513 Abgeordnete, 43 stimmten dagegen, 117 enthielten sich.

Die beiden Berichte sind Initiativberichte gemäß Artikel 39 der Geschäftsordnung, nachdem das Europäische Parlament mit der Mehrheit seiner Mitglieder gemäß Artikel 192 des EU-Vertrages die Kommission verbindlich auffordern kann, einen Gesetzesvorschlag zu einem bestimmten Thema vorzulegen.

Verkehr

Das Europäische Parlament kritisiert die Blockadehaltung des Rats zum Sicherheitspaket für den Seeverkehr - Paket geht in die Vermittlung

Das Europäische Parlament hat mit großer Mehrheit für weitere konkrete Sicherheitsmaßnahmen für den Seeverkehr gestimmt.

Das so genannte dritte Seeverkehrspaket enthält eine Reihe von Richtlinien und Verordnungen, die den Seeverkehr in den Gewässern der Europäischen Union sicherer machen sollen. Unter anderem sollen Schiffskontrollen in EU-Häfen nach einheitlichen Standards ablaufen und gemäß der Risikoklasse der Schiffe entsprechend häufig. Auch Unfälle auf See sollen nach einer einheitlichen Methodik untersucht werden.

Im Parlament hat eine große Mehrheit die entsprechenden Empfehlungen der einzelnen Berichte für die Zweite Lesung angenommen. Das Parlament bedauert, dass der Rat noch immer zwei wesentliche Elemente des Seeverkehrspakets blockiert - nämlich zu Flaggenstaatpflichten und zur zivilrechtlichen Haftung. Die Europa-Abgeordneten fordern deshalb von der französischen Ratspräsidentschaft, so schnell als möglich Lösungen in den strittigen Fragen herbeizuführen.

Sicherheit im Seeverkehr ist schon immer eine der Prioritäten für das Europäische Parlament. Die beiden vorangegangenen Seeverkehrspakete sind als Erika I und Erika II - Pakete bekannt geworden und unmittelbar nach den damaligen Öltankerunfällen erlassen worden. Diese EU-Gesetze haben u. a. dazu geführt, dass nur noch doppelwandige Tanker in EU-Gewässern verkehren dürfen und die Europäische Agentur für maritime Sicherheit (EMSA) gegründet wurde.

Das nun in der Diskussion stehende dritte Seeverkehrspaket beinhaltet u. a. Vorschriften zu Flaggenstaatpflichten, Schiffskontrollen in Häfen des EU-Gebiets, Standards zum Schutz von Passagieren und Versicherungspflichten sowie zur Klassifizierung von Gesellschaften und zu zivilrechtlichen Haftungsfragen.

In der Debatte zum Seeverkehrspaket haben die Europa-Abgeordneten betont, dass sie es nicht zulassen werden, dass der Rat wichtige Inhalte des Pakets verwässern wird. Dazu zählen beispielsweise Vorschriften zur Hafenkontrolle, ein gemeinschaftliches System zur Überwachung des Seeverkehrs, Unfalluntersuchungen, Schiffskontrollen und Überwachungs-Organisationen sowie Haftungsverpflichtungen von Fährdiensten bei Unfällen.

Die Europa-Abgeordneten haben deshalb nahezu sämtlichen Änderungsanträgen zugestimmt und damit zugleich den vom Rat verabschiedeten Gemeinsamen Standpunkt verworfen. Die Europa-Abgeordneten beharren damit darauf, dass das Seeverkehrspaket so verabschiedet wird, wie es das Europäische Parlament schon nach der Ersten Lesung beschlossen hat.

Die Abgeordneten haben zudem zwei wichtigen Änderungsanträgen mit überwältigender Mehrheit zugestimmt und zwar zu Flaggenstaatenpflichten und zivilrechtlichen Haftungsfragen. Beides wollte der Rat nicht im Seeverkehrspaket haben. Durch die überragende Mehrheit übermittelt das Europäische Parlament somit eine starke politische Botschaft an den Rat, diese Themen nicht einfach unter den Tisch fallen zu lassen. Die französische Ratspräsidentschaft ist somit aufgefordert, sich dieser Fragen auch tatsächlich anzunehmen und sie auf die Agenda des Rates zu setzen. Im Rat war die von der Kommission vorgeschlagene Richtlinie zu Flaggenstaatenpflichten deshalb auf Gegenwind gestoßen, weil die Mitgliedsstaaten diese nicht als EU-Kompetenz betrachten.

Auch zivilrechtliche Haftungsfragen sollen nach dem Votum der Europa-Abgeordneten auf Gemeinschaftsebene grundsätzlich geregelt werden. Bislang gibt es keine einheitlichen haftungsrechtlichen Regelungen für Schäden Dritter, die durch Schiffsunfälle entstehen. Zudem gibt es auch keine Pflicht für eine Haftpflichtversicherung. Das Europäische Parlament befürwortet jedoch nachdrücklich die Vorschläge der Kommission, die verbindliche Mindestregeln für alle EU-Staaten vorsehen, und zwar in den Bereichen zivilrechtliche Haftungsregeln, Versicherungsschutz für Schiffseigner und Verantwortlichkeit von Personen, die ein Schiff führen. Dies soll durch die Inkorporierung entsprechender internationaler Regeln in EU-Recht geschehen.

Einrichtung eines gemeinschaftlichen Überwachungs- und Informationssystems für den Seeverkehr (Berichterstatter: Dirk Sterckx, ALDE, BE)

Das Parlament hat mit Mehrheit Änderungsanträge angenommen, wonach eine unabhängige Fachbehörde für in Seenot geratene Schiffe geschaffen werden soll. Wiederholte Unfälle und Beinahe-Unfälle hätten deutlich gemacht, dass viel zu oft wertvolle Zeit vergeudet werde, weil nicht klar sei, wer wofür zuständig ist. Das Europäische Parlament befürwortet deshalb die Schaffung einer kompetenten, unabhängigen Behörde, die im Falle von Unfällen entscheidet, welche Maßnahmen am besten zur Katastrophenabwendung geeignet sind. Kapitän und Mannschaft müssten bei Unfällen fair behandelt werden und dürften nicht kriminalisiert werden.

Der fehlende Nachweis finanzieller Sicherheiten darf keine Rolle bei der Entscheidung darüber spielen, ob einem in Seenot geratenen Schiff Aufnahme gewährt wird, so die Abgeordneten. Die Aufnahme in einen sicheren Hafen dürfe nicht auf versicherte Schiffe begrenzt werden.

Untersuchung von Unfällen im Seeverkehr (Berichterstatter: Jaromir KOHLICEK, GUE/NGL, CZ)

Das Parlament nahm ebenso Änderungsanträge an, die vollständig die Position der Ersten Lesung des Europäischen Parlaments zur Untersuchung von Unfällen im Seeverkehr wiedergeben.

Ausdrücklich sprechen sich die Abgeordneten dafür aus, dass Ermittlungen über die Einhaltung von Sicherheitsvorschriften bei schweren Unfällen, und nicht nur bei "sehr schweren" Unfällen, wie vom Rat vorgeschlagen, verpflichtend bleiben und dass Seenotmeldungen im Regelungsbereich der Richtlinie verbleiben. Außerdem sei von grundlegender Bedeutung, dass die Mitgliedstaaten bei der Untersuchung von Unfällen eine einheitliche Methodik anwenden.

Schiffsüberprüfungs- und -besichtigungsorganisationen (Richtlinie und Verordnung) (Luis de Grandes PASCUAL, EVP-ED, ES)

Klassifizierungsgesellschaften sind privatwirtschaftliche Organisationen, an die Flaggenstaaten bestimmte Aufgaben im Zusammenhang mit Schiffskontrollen delegieren. Diesbezügliche Hauptstreitpunkte zwischen dem Parlament und dem Rat sind der Name der neuen Behörde bzw. des neuen Systems zur Beurteilung und Zertifizierung dieser Gesellschaften sowie die Haftung zertifizierter Gesellschaften bei der Ausführung von Arbeiten für einen Mitgliedstaat. Änderungsanträge zur Wiedereinsetzung von Kernpunkten des fehlenden Vorschlags zur Flaggenstaatenkontrolle wurden ebenfalls angenommen.

Staatliche Hafenkontrolle (Dominique VLASTO, EVP-ED, FR)

Die vom Parlament angenommenen Änderungsanträge zeigen die Uneinigkeit mit dem Rat über die Häufigkeit von Schiffskontrollen in verschiedenen Risikogruppen, über die von den nationalen Behörden zu erfüllenden Zielvorgaben für die Häufigkeit von Kontrollen sowie über Schiffe, die außerhalb von Küstengewässern gelegene Ankerplätze (sog. offshore anchorages) benutzen. Letztere will der Rat vom Kontrollerfordernis ausnehmen, die Abgeordneten hingegen möchten sie einbeziehen.

Darüber hinaus will das Parlament Schiffe, die vorgegebene Standards nicht erfüllen, permanent aus EU-Häfen verbannen, während der Rat für ein temporäres Verbot plädiert.

Unfallhaftung von Beförderern von Reisenden auf See (Paolo COSTA, ALDE, IT)

Das Parlament nahm Änderungsanträge zur Ausdehnung der Verordnung zur Umsetzung der Athener Konvention auf alle inländischen Seetransporte, die der Rat auf Schiffe der Klasse A begrenzen will, sowie zur Einbeziehung von Binnenwasserwegen an. Auch einem Änderungsantrag betreffend die vom Rat abgelehnte Möglichkeit der Vorauszahlung von 21.000 Euro an Unfallopfer mit schweren Verletzungen oder bleibender Arbeitsunfähigkeit stimmte das Plenum zu.

Wie geht es weiter?

Da das Parlament das dritte Seeverkehrspaket mit großer Mehrheit angenommen hat und dabei auch die "fehlenden" Teile wieder integrierte, ist nun der Rat an der Reihe. Es ist klar, dass das Paket nur insgesamt angenommen werden kann, da das Parlament die Herauslösung von Teilen, wie oben erläutert, eben gerade nicht akzeptiert. Das Parlament fordert die Verkehrsminister auf, das gesamte Paket voranzubringen und hat deshalb seinen Willen bekundet, baldmöglichst mit informellen Verhandlungen zu beginnen. Das formale Vermittlungsverfahren könnte dann am 7. Oktober 2008 starten.

Industrie

Telekommunikation: Bessere Angebote für Kunden und ein sicheres Internet

Das Europäische Parlament hat am Mittwoch das so genannte Telekom-Paket in Erster Lesung angenommen. Das Paket besteht aus einer Reihe von Richtlinien und Verordnungen, deren Ziel es ist, besseren Zugang zu Telekommunikationsleistungen zu ermöglichen, mehr Informationen für Verbraucher zu liefern und zugleich den Datenschutz zu stärken.

Alle großen Fraktionen haben vor der Abstimmung einem Kompromiss zugestimmt, der das wesentliche Ziel des Kommissionsvorschlags nicht verändert - die Position der Kunden zu stärken -, jedoch in einigen Punkten mehr Klarheit schafft. Dies betrifft vor allem den Datenschutz und andere fundamentale Rechte. Das Telekom-Paket umfasst eine Richtlinie zu Verbraucher- und Datenschutz, eine Richtlinie über den Zugang zu elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten und eine Verordnung zur Errichtung eines neuen Gremiums europäischer Regulierungsbehörden.

Dieser BERT genannte engere Zusammenschluss nationaler Regulierungsbehörden soll fairen Wettbewerb und gleiche Qualitätsstandards von Telekomdiensten in allen EU-Staaten sichern. Die EU-Kommission hatte ursprünglich eine neue zentrale EU-Regulierungsbehörde schaffen wollen, fand damit jedoch keine Unterstützung von der Berichterstatterin Pilar DEL CASTILLO VERA (EVP-ED, ES), die für ihren dezentralen Ansatz im Europäischen Parlament eine deutliche Mehrheit bekam.

Der von Catherine TRAUTMANN (SPE, FR) verantwortete Bericht zu "Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste" befasst sich u. a. mit den neuen Möglichkeiten durch digitale Frequenzen. Dadurch werden erheblich mehr funkbasierte Dienste möglich, zu denen beispielsweise Navigationsdienste, Informationsdienste, mobiles Internet etc. zählen. Diese neuen Dienste konkurrieren mit den traditionellen "Funk-Diensten", d.h. dem Rundfunk und Fernsehen. Die Europa-Abgeordneten betonen, dass die traditionellen Sender einen Teil der neuen Frequenzen bekommen sollten, sofern sie im allgemeinen öffentlichen Interesse sind. Grundsätzlich soll zudem gelten, dass der Teil der für diese öffentlichen Dienste nicht benötigt wird, durch andere Zuteilungswege vergeben werden soll. Das Europäische Parlament unterstützt dabei die Neutralität hinsichtlich Technologie und Diensten, d.h. jedes Frequenzband kann zunächst grundsätzlich für egal welchen Dienst genutzt werden. Dennoch muss die Vergabe der Frequenzen mit nationalen Vergabep länen in Einklang stehen und mit entsprechenden internationalen Vereinbarungen.

Das Recht auf Zugang zu Telekommunikationsnetzen

Der vom britischen Europa-Abgeordneten Malcolm HARBOUR (EVP-ED, UKTOI) erarbeitete Bericht über die Richtlinie zu Elektronischen Kommunikationsnetzen und -Diensten und die vom Parlament angenommenen Änderungsanträge dazu erweitern die Rechte der Kunden gegenüber von Telekom-Unternehmen. So sollen diese einen Mindestservice in einer bestimmten Qualität und zu einem für jedermann bezahlbaren Preis anbieten müssen. Gegenwärtiges EU-Recht schreibt u.a. vor, dass diese "universellen Dienste" öffentliche Fernsprecher, kostenfreie Notrufnummern (und zwar die 112 sowie nationale Notrufnummern) sowie eine ausreichende geographische Abdeckung mit öffentlichen Fernsprechern sowie anderen Zugängen zum Telekommunikationsnetz umfassen. Das Europäische Parlament verlangt nun von der Kommission bis zum Herbst dieses Jahres die Vorlage eines Planes, wonach auch Zugang zum Mobilfunknetz sowie zum Breitbandnetz in den Bereich der universellen Dienste eingegliedert werden. Dieser Bericht erhielt eine Mehrheit von 548 Ja-Stimmen zu 88-Nein-Stimmen bei 14 Enthaltungen.

Bessere Informationen und Verbraucherschutz

Das Parlament geht weiter als die Kommission in ihren Vorschlägen, was Verbraucherrechte zu Preis- und Tarifinformationen sowie Vertragsbedingungen anbelangt. Die Abgeordneten meinen, dass Telefon-Verträge klar und deutlich Auskunft geben müssen über Zugang zu Notrufnummern, Einschränkungen zu bestimmten Diensten und Inhalten (bsp. zu Voice-over-IP-Telefonieren, etc.). Auch die Bedingungen zum Kündigen solcher Verträge müssen, so die Abgeordneten, klar dargestellt werden.

Notrufnummern und Rechte für Behinderte

Die Europäische Notrufnummer 112 muss bekannter werden, sagen die Europa-Abgeordneten. Auch müssen die Notrufnummern bei Katastrophen oder anderen Unglücksfällen besser erreichbar werden. Die Mitgliedsstaaten sollten zudem dafür Sorge tragen, dass die Nummer 116 immer erreichbar ist. Über diese Notrufnummern kann das Verschwinden von Kindern gemeldet werden. Diese Europäischen Notrufnummern sollten zudem von egal welchem Telefon, ob Mobil, Festnetz oder VOIP erreichbar sein.

Für Behinderte soll zudem der Zugang zu allen Telekommunikationsdiensten ohne Einschränkung möglich sein und zudem sollen die technischen Gerätschaften auch ihren Bedürfnissen entsprechen.

Das Mitnehmen der eigenen Telefonnummer erleichtern

Das Europäische Parlament folgte dem Vorschlag der Kommission, dass es in der Regel maximal einen Tag dauern sollte, die Rufnummer eines Verbrauchers zu übertragen, wenn dieser den Anbieter wechselt. Die Parlamentarier legen auch fest, dass die Laufzeit von Verträgen 24 Monate nicht übersteigen darf.

Datenschutz

Die Europa-Abgeordneten haben ausdrücklich für einen starken Datenschutz auch im Internet gestimmt. Das Recht auf Privatsphäre und Vertraulichkeit sowie auf Sicherheit der Information in technologischen Systemen ist ausdrücklich genannt. Datenschutzbestimmungen müssen auch von privaten Netzen und nicht nur von öffentlichen Netzen eingehalten werden; so gelten die Datenschutzbestimmungen etwa auch für soziale Netzwerke wie Facebook oder Myspace.

Netzwerk-Sicherheit und Spam

Internet Dienstleister müssen Maßnahmen ergreifen, um Sicherheitslücken zu schließen. Eine Verletzung von Sicherheitsbestimmungen, wie etwa der Diebstahl von Kundenlisten, muss von dem Internet-Dienstleister an die Regulierungsbehörde gemeldet werden. Zusätzlich müssen die Nutzer gewarnt werden, sofern die Sicherheit ihrer Daten in Gefahr war oder ist. Weitere Änderungsanträge des Europaparlaments betreffen mehr Sicherheit gegen Spams, Cookies, Viren und anderen Computerschädlingen.

Das Urheberrecht im Internet-Zeitalter

Nutzer von Internetdiensten müssen von dem Betreiber darauf hingewiesen werden, dass die Verbreitung von Inhalten, die unter dem Schutz des Urheberrechts stehen, strafbar ist. Den Nutzern müssen zudem Informationen übermittelt werden, wie sie ihre privaten Daten schützen können.

Informationen

Medienpluralität verteidigen - Demokratie braucht unabhängige Journalisten und Medien

Das Europäische Parlament hat am Donnerstagmittag in einer Resolution zur Verteidigung von Medienpluralität aufgerufen. Die Bürgerinnen und Bürger sollten Zugang zu unabhängigen Medien haben.

Verleger (bzw. Eigner von Medienhäusern), Aktionäre und auch Regierungsstellen sollten keinen direkten Zugriff auf redaktionelle Inhalte erhalten; deshalb plädieren die Europa-Abgeordneten für Redaktionsstatute. Sie ermutigen zudem zu einer Diskussion über den Status von Web-Blogs.

Die Resolution wurde mit 307 Ja-Stimmen (bei 262 Nein-Stimmen) angenommen und ruft die Kommission und die Mitgliedsstaaten dazu auf, Medienpluralität zu sichern und dafür zu sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger Zugang zu freien und unabhängigen Medien haben. Die Resolution wurde getragen von der SPE-, der Grünen und der Liberalen Fraktion und basiert auf einem Bericht der estnischen Europa-Abgeordneten Marianne MIKKO (SPE-Fraktion).

Journalistische Unabhängigkeit sichern

Mit der Resolution betonen die Europa-Abgeordneten, wie wichtig unabhängige Journalisten und Redaktionen sind. Die Europa-Abgeordneten möchten zudem, dass Ziele und die Hintergründe von Eignern von Medienhäusern und Verlegern bekannt gemacht werden und ermutigen auch dazu, die Eigentumsverhältnisse und Verflechtungen an Medienunternehmen offen zu legen. Die Abgeordneten äußerten sich zudem besorgt über die Fähigkeiten der Medien, als Kontrolleure in der Demokratie zu agieren, wenn private Medien vordringlich auf Gewinn aus sind. Auch vor einer zu großen Konzentration von Medienmacht (die dann auch politisch bedeutsam werden kann) warnten die EU-Abgeordneten. Deshalb sollten das Wettbewerbsrecht und das Medienrecht miteinander verknüpft werden.

Diskussion über Blogger - das Internet soll nicht reguliert werden

Das Europaparlament hält fest, dass Blogger einen Beitrag zur Meinungsvielfalt leisten. Die Abgeordneten ermutigen in ihrer Resolution aber zu einer Diskussion über den Status von Bloggern (sind es etwa - auch - Journalisten?). Die Berichterstatterin Marianne Mikko trat Befürchtungen entgegen, die EU wolle Blogger regulieren: "Als ich den Cyberspace betrat, gab es sofort Reaktionen von Bloggern. Ich möchte allen ganz klar sagen, dass niemand daran interessiert ist, das Internet zu regulieren."

Die Abgeordneten unterstrichen zugleich auch die Wichtigkeit, das Urheberrecht auch im Internet zu schützen; Blogger sollten zudem deutlich machen, wenn sie Inhalte von anderen direkt übernehmen. Auch sollen Suchmaschinen-Betreiber und E-Mail-Dienste sowie Soziale Netzwerke ihren Nutzern mehr Auskunft darüber geben, welche Daten über sie gespeichert werden.

Gesundheitswesen

Übergewicht und Adipositas ernst nehmen - mehr Aufklärung über ausgewogene Ernährung

Das Europäische Parlament unterstützt mit großer Mehrheit das Weißbuch zu Ernährung, Übergewicht und Adipositas. Die Fettleibigkeit hat laut Gesundheitsexperten nahezu epidemische Ausmaße angenommen und ist in Europa besonders verbreitet. Rund die Hälfte aller Europäer gilt als übergewichtig.

Mit 536 Ja-Stimmen (bei 37 Nein-Stimmen) nahmen die Abgeordneten einen entsprechenden Bericht des italienischen Abgeordneten Alessandro FOGLIETTA (UEN) an. Sie plädieren dabei für einen integrierten Ansatz und betonen; dass der Ernährung von Kindern besondere Aufmerksamkeit gebührt; auch soll zu mehr Sport und Bewegung aufgerufen werden.

Gerade bei Kindern nämlich nimmt die Fettleibigkeit sehr rasch zu, in Europa gelten laut Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation ca. 22 Millionen Kindern als fettleibig. Aufklärung über eine ausgewogene Ernährung sei notwendig. Dies gelte nicht nur für die Eltern und Kinder, sondern auch für Schulkantinen. In diesen sollten stark zucker- und fetthaltige Speisen nicht mehr verkauft werden. Ausgeweitet werden sollte hingegen der Schulsport. Experten der WHO empfehlen, pro Tag rund 30 Minuten Sport (bzw. Bewegung) zu treiben.

Deshalb will die EU weiter Initiativen zum Sport-Treiben fördern. Sportverbände sind ausdrücklich aufgefordert, sich daran zu beteiligen. Auch EU-Programme sollen dafür geöffnet werden, beispielsweise das Life-Plus-Programm, mit dem körperliche Bewegung in der freien Natur gefördert werden soll (dieses Programm läuft von 2008 bis 2013).

Energie

Energie-Preise: EU muss Wirtschaft unterstützen

Das Europäische Parlament hat am Donnerstag eine gemeinsame Resolution zu den steigenden Energiepreisen angenommen. Die Abgeordneten halten fest, dass es globaler Anstrengungen bedarf, um die Nachfrage nach Energie und den Verbrauch zu drosseln. Andernfalls werden Nachfrage und damit auch die Preise für Energie in den kommenden Jahren noch weiter ansteigen.

Das Europäische Parlament ist besorgt über den deutlichen Preisanstieg für Energie, vor allem, weil dies zu einer Schwächung der wirtschaftlichen Entwicklung führen werde. Auch die durch die Lissabon-Strategie gesetzten Ziele für mehr Wachstum und Beschäftigung geraten dadurch in Gefahr.

Das Parlament befürwortet konkrete Maßnahmen, die den Energiehunger dämpfen und erneuerbare Energiequellen sowie Energieeffizienz fördern. Auch sollte die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern reduziert werden. Diese Maßnahmen seien am ehesten geeignet, die Energiemärkte zu stabilisieren sowie die Verpflichtungen aus der UN-Konvention für den Klimaschutz zu erfüllen. Finanzielle Anreize sollten so gesetzt werden, dass Energieeffizienz, erneuerbare Energien und umweltfreundliche Produkte gefördert werden können.

Die Abgeordneten verlangen zudem von der EU-Kommission, dass diese in ihrem Vorschlag für eine Energie-Verbraucher-Charta einen klaren Schwerpunkt zugunsten der Verbraucher setzt. Die nationalen Regulierungsbehörden sollen zudem ihre Möglichkeiten nutzen, um Verbraucher zu unterstützen.

Die Kommission soll darüber hinaus untersuchen, welche Beziehungen es zwischen dem Öl- und dem Gaspreis gibt und wie sich solche aus langfristigen Lieferverträgen für Gas ergeben.

Die Europa-Abgeordneten heben hervor, dass die EU mit einer Stimme in Sachen Energiepolitik sprechen sollte und dass eine gemeinsame Energiepolitik notwendig ist. Die EU sollte zudem den Energie-Dialog mit wichtigen Öl- und Gas-Lieferländern aufnehmen und anführen.

Das Europäische Parlament ermutigt Unternehmen, weitere Investitionen und Technologien zu entwickeln, die besonders energieeffizient sind. Auch sollen weitere Ingenieurskapazitäten genutzt werden, um die Ausbeutung von Öl- und Gasvorkommen zu steigern, um der wachsenden Nachfrage nach Energie gerecht zu werden.

Codes der parlamentarischen Verfahren

A-Reihe	Berichte und Empfehlungen
B-Reihe	Entschlüsse und mündliche Anfragen
C-Reihe	Dokumente anderer Institutionen
*	Verfahren der Konsultation
** 	Verfahren der Zusammenarbeit (erste Lesung)
** 	Verfahren der Zusammenarbeit (zweite Lesung)
***	Verfahren der Zustimmung
*** 	Verfahren der Mitentscheidung (erste Lesung)
*** 	Verfahren der Mitentscheidung (zweite Lesung)
*** 	Verfahren der Mitentscheidung (dritte Lesung)

Abkürzungen

BG	Bulgarien	IE	Irland	AT	Österreich
BE	Belgien	IT	Italien	PL	Polen
CZ	Tschechische Republik	CY	Zypern	PT	Portugal
DK	Dänemark	LV	Lettland	RO	Rumänien
DE	Deutschland	LT	Litauen	SI	Slowenien
EE	Estland	LU	Luxemburg	SK	Slowakei
EL	Griechenland	HU	Ungarn	FI	Finnland
ES	Spanien	MT	Malta	SE	Schweden
FR	Frankreich	NL	Niederlande	UK	Vereinigtes Königreich

Fraktionen

EPP-ED	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
PES	Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament
ALDE/ADLE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
Greens/EFA	Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
IND/DEM	Fraktion Unabhängigkeit und Demokratie
UEN	Fraktion Union für das Europa der Nationen
FL	Fraktionslos